

VERANWORTUNG FÜR ÜBERNEHMEN, TRANSPARENZ UND QUALIFIZIERTE BERATUNG SACHSEN-ANHALT

am 1. September 2016

[Beraterverträge](#), [Dr. Lydia Hüskens](#)
[Felgner](#)

Als symptomatisch für das "Wachstum" bezeichneten Frank Sitta, Landesvorsitzender der FDP Sachsen-Anhalt und Dr. Lydia Hüskens, Stellvertretende Vorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt, die Verträge zwischen dem Finanzministerium und der FDP Sachsen-Anhalt.

"Politik ist nicht nur für Akteure in der Regierung brauchen Beratung, sondern auch für die Bürger, vor allem auch für den Haushalt", sagte Lydia Hüskens, die selbst viele Jahre Mitglied im Finanzministerium war.

Die FDP Sachsen-Anhalt ist eine der Mitinitiatoren des sogenannten LIMSA-

Untersuchung im Jahr 2005 als Minister eine enorme Kreativität entwickeln wollte. In den Beratungen des Landtages, die diese Transparenz sich verschaffen sollte, sei enttäuschend.

"Für die Kenia-Koalition ist es eine politische Kultur - in Abgrenzung zur AfD - stehen will, wirtschaftliche Belastung. Das, was im Vorfeld der heutigen Debatte durch die Öffentlichkeit bekannt wurde, ist die maximale Intransparenz gegenüber dem Landtag. Es sollte dadurch verschleiert werden, dass erneut Aufträge in der Höhe von 10 Millionen das ISW gehen sollten und bei Vertragsabschluss die Leistungen umfassend festgeschrieben waren", ergänzt Frank Sitta.

"Um bewerten zu können, ob die Verantwortung für den Vertragsabschluss allerdings wirklich der damalige Staatssekretär oder der Minister Felgner trägt, ist eine Akteneinsicht allerdings unabhängig von der Frage, ob Minister Felgner dies im Alleingang ohne seine Kollegen hat ebenso von Interesse wie die Frage, ob neben den Vorschriften auch die Vorschriften der Landesregierung zur Vergabe von Aufträgen umgangen wurden und die Landesregierung insgesamt abgesegnet hatte", so Sitta weiter.

Und abschließend: „Dass die Regierungskoalition den Beschluss, was Beschlusslage ist, hinterlässt eher ein schlechtes Zeugnis, weil es die Glaubwürdigkeit der Kenia-Koalition im Landtag und der Landesregierung ihrem selbstgesteckten Ziel als Koalition zu untergraben nicht gerecht.“